

# COHED G. i. Gr.

04.07.06

Sehr geehrte KollegInnen,

wir haben am 17.06.2006 die Cooperative der Heilberufe Deutschlands gegründet. Mit diesem Brief möchten wir Sie dazu bewegen Mitglied dieser Genossenschaft zu werden.

1. Warum eine Genossenschaft? Wie Sie schon wissen, es existieren etliche Fachgesellschaften, Verbände und Vereine aus unseren freien Berufen. Manche sind sehr alt und alle haben sehr edle Ziele. ERWIESEN ist jedoch, dass keiner aller dieser Gruppen gelingen kann, unsere materiellen Interessen mit Erfolg zu vertreten! Wir brauchen also eine Struktur, welche auf Grund ihrer Beständigkeit gegen politische Einflüsse in der Lage ist die Kräfte zu bündeln und zielstrebig für das materielle Wohl der Heilberufler zu arbeiten, von der Vermittlung verbilligter Güter bis hin zu Tarifverhandlungen mit den Versicherungsträger eines Tages!
2. Warum eine weitere Genossenschaft, wo es schon manche solche gibt? Eine Genossenschaft soll von Homogenität der Mitglieder und von Ausschluss jeden möglichen Filzes von Anfang an und für alle Zukunft gekennzeichnet sein! Dies weil die Interessenslage verschiedenartiger Mitglieder, wie Naturpersonen und Rechtspersonen wie Privatfirmen oder gar Körperschaften d. ö. R., eine völlig andere ist und somit Verwerfungen vorprogrammiert sind, wenn man diese Gegebenheit ignoriert.
3. Warum eine Genossenschaft nicht nur für selbständige Ärzte sondern auch für andere Heilberufler? Weil die gesundheitspolitische Misere nicht nur die Ärzte sondern alle im Gesundheitswesen selbständig Tätigen im besonderen Maße betrifft. Dies wegen des unternehmerischen Risikos, das wir alle zu tragen haben! Je breiter unsere Basis angelegt ist, um so größer ist auch unsere Erfolgchance!
4. Warum genügt es nicht mit Argumenten, Protesten und Verweigerung gegen die Misere vorzugehen? Die Politiker sind in der Gesundheitspolitik für Argumente nicht empfänglich, weil sie es nicht sein wollen, da sie aus populistisch-sozialistischen Motivation (Volksparteien!) um die Gunst der Mehrheit der Wähler werben müssen und dies können sie nicht mit Sachargumenten! Sie nehmen also den Staatsbankrott in Kauf, da er vom Wähler nicht unmittelbar wahrnehmbar ist - er erfolgt ja irgendwann in der Zukunft, wenn wir alle wahrscheinlich nicht mehr da sein werden aber wohl

Kaiser-Ludwig-Platz 5, 80336 München, Tel.: 0049 89 791 992 90, FAX: 0049 89 791 99291  
e-mail : info@ vv-bayern.de

## COHED G. i. Gr.

unsere Kinder und Enkelkinder! Die Proteste vermögen zwar für eine ganz kurze Zeit die Öffentlichkeit anzusprechen und zu imponieren aber sie lösen nicht das Dilemma des Wählers in Bezug auf seine Wahlentscheidung, ja sie treiben ihn zu extremen Parteien, was kontraproduktiv ist (s. BT-Wahl von 2004)! Die Verweigerung der Leistungserbringung ist für die selbständigen Heilberufler ein zweischneidiges Messer! Sie hat ihre Grenzen, wo der Geldfluss aufhört, und sie trifft das schwächste Glied an der gesamte Kette, nämlich den auf Hilfe angewiesenen Kranken, ohne ihm einen Faden in die Hand zu geben, welcher zur Lösung führen würde! Es sind schließlich im Lauf der letzten Jahrzehnte genug der Worte gefallen, zahlreich der Proteste getätigt und der Verweigerung zumutbare Ansätze erprobt!

5. Was bringt die Genossenschaft dem Einzelnen für Vorteile? Zunächst ist zu sagen, dass jede Gemeinsamkeit stärkt! Wir wollen für den Anfang günstigere Preise für unsere Betriebe erreichen. Als nächstes kommt eine eigene PVS, welche dann in absehbarer Zeit die COHED stärken soll. Ein weiteres Standbein soll der Aufbau einer eigenen Schuldnerdatei, um die Zahlungsmoral unserer Selbstzahler, ob privatversichert oder nicht, zu verbessern. Die Vermittlung bzw. Organisation von Teilgemeinschaftspraxen wollen wir auch, sobald die Rechtslage die letzten diesbezüglichen Gefahren beseitigt hat, in Angriff nehmen. Bei allen diesen Vorhaben wissen wir uns im sicheren Hafen a) des Landesverbandes der bayerischen Genossenschaften und b) des Bundesverbandes der Ärztegenossenschaften, derer Unterstützung uns im Vorfeld zugesichert worden ist. Die Perspektive soll der Aufbau einer Macht sein, an welcher keine unsere materiellen Interessen tangierende politische Entscheidung vorbei getroffen werden kann bis hin zu Tarifautonomie!
  
6. Welche weitere Ziele verfolgt die COHED? Wir glauben, dass eine **Reform der GKV** unumgänglich über eine sozialmarktwirtschaftliche Schiene im Sinne Ludwig Erhard's erfolgen muss, um die ordnungspolitische Katastrophe für den Bund zu stoppen! Die Pflicht zu Versicherung eines Grundtarifes für alle Bürger und die Übernahme bestimmter Kosten durch den Staat im Sinne der Familienförderung, der Versicherung von Unterbemittelten scheinen erforderlich! Dass der öffentlichrechtliche Charakter der GKV innerhalb einer angemessenen Frist abgeschafft werden muss liegt auf der Hand, denn mit leeren Kassen kann man auch nichts kaufen, so auch keine Gesundheitsleistungen! Wir sind des weiteren der Ansicht, dass die **GOÄ** alsbald nicht mehr als eine ministerielle Verordnung „erlassen“ sondern als ein Tarifvertrag „ausgehandelt“ werden muss! Die Gründe sind vielfältig! Zunächst muss man bedenken, dass die öffentliche Hand über die Beihilfepflicht der größte Versicherer für Selbstzahler ist. Als solcher kann sie unmöglich einseitig die Preise vorschreiben, zu welchen sie von uns Leistungen zu kaufen hat. Die Anhörung der BÄK löst das Problem nicht, denn Letztere, als AG der Landesärztekammer, immer noch die Eigenschaft der Körperschaft d. ö. R. in sich trägt und uns nicht vertreten darf! Dies hätte schon längst von dieser AG dem Bund und dem Bundesrat in aller Deutlichkeit mitgeteilt werden sollen. Dass dies nicht erfolgt ist ist eine große Schuld des BÄK - Vorstands! Davon abgesehen jede GO bedarf der ständigen Anpassung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten etc., denn Ärzte leben auch auf dieser und nicht auf einer imaginären Welt im Kopf der Politiker. Man darf also nicht eine GOÄ zehn oder gar zwanzig Jahre lang unverändert fortführen, weil die öffentlichen Kassen „leer“ seien (Begründung der Frau Simones vor Jahren, sie hat nur vergessen mit der gleichen Begründung auch die Einfrierung der Politiker-Diäten zu fordern).

## COHED G. i. Gr.

7. Was würde geschehen, wenn wir uns nicht in einflussreichen und schlagkräftigen Strukturen organisieren würden? Der öffentlichrechtliche Charakter der GKV würde ungestört weiter existieren! Der Bund würde dazu enorme Zuschüsse beisteuern. Die drei Prozentpunkte MWSt - Erhöhung wären schnell aufgezehrt. Die Versuchung der Politik eine weitere Steuer über die PKV für alle Privatpatienten, so auch für uns, einzuführen wäre zu groß, um nicht in Angriff genommen zu werden! Ein wie auch immer gearteter verfassungsrechtlicher Streit zielführend für uns sein konnte sei dahingestellt, weil sehr problematisch angesichts der mit dem BVG gemachten Erfahrung! Die Sparsamen und Soliden würden also abermals bestraft werden. Konsequenterweise würden viele Privatpatienten versuchen in die GKV zu gelangen über die Senkung ihrer Bezüge unter die Sozialversicherungsbemessungsgrenze! Zur GKV würde die Öffentliche Hand auch den größten Teil ihrer beihilfeberechtigten Beschäftigten z. B. über die Gründung einer weiteren BKK drängen. Der Weg zur Einheitsversicherung unter der Fahne der GKV, d.h. Öffentliche Hand, d.h. Staatsversicherung wäre geebnet! Ein weiterer florierender Wirtschaftszweig in unserem Lande, die PKV, wäre somit ruiniert!

**Weitere für Sie offene Fragen beantworten wir gerne schriftlich auf Anfrage! Wagen Sie endlich wirkliche Selbständigkeit und erlangen Sie von neu Ihre Ihnen vom GG zustehende berufliche Entscheidungsfreiheit mit unserer Hilfe und mit uns zusammen, denn zusammen sind wir stark!**

Mit besten Grüßen

04.07.06